



Rendsburg, 25.11.2015

Preissituation drastisch angespannt: Schwarz dringt bei Habeck auf pünktliche und vollständige Zahlung

Vor dem Hintergrund der nach wie vor drastisch angespannten Preissituation bei Milch und Schweinefleisch hat der Präsident des Bauernverbandes Schleswig-Holstein Werner Schwarz gegenüber Landwirtschaftsminister Robert Habeck darauf gedrängt, die europäischen Direktzahlungen pünktlich und vollständig im Dezember an alle Landwirte auszuzahlen.

Angesichts der bereits erlittenen Einkommensverluste sei das gerade angelaufene Liquiditätshilfeprogramm des Bundes zwar zu begrüßen, so Schwarz. Es mache aber nicht mehr als den berühmten „Tropfen auf den heißen Stein“ aus. Schwarz verwies darauf, dass nach Buchführungsergebnissen die Milchviehhalter rund 70 % und die Schweinehalter nach Verlusten bereits im Vorjahr nochmals etwa 40 % weniger Einnahmen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr erzielt haben.

„Für die Liquiditätsslage der Betriebe ist es deshalb äußerst wichtig, dass die Direktzahlungen pünktlich zum Jahresende auf den Betrieben ankommen“, betonte Schwarz. Zuletzt hatte Niedersachsen und zuvor Thüringen angekündigt, die Auszahlung der so genannten „Greening-Prämie“, die 30 % der Zahlungen ausmacht, auf das erste Quartal des nächsten Jahres zu verschieben. Alle anderen Bundesländer haben bekundet, auch in diesem Jahr eine pünktliche Auszahlung vor dem Jahreswechsel vorzusehen.

In einer Antwort auf eine kleine Anfrage im Landtag hat die schleswig-holsteinische Landesregierung vor kurzem geäußert man sei „optimistisch, mindestens einen Großteil der Auszahlungen auch vornehmen zu können.“ Dies deutet daraufhin, so Schwarz, dass nicht an alle Betriebe Auszahlungen erfolgen sollen. Das Land müsse aber alles daran setzen, pünktlich und alle Landwirte auszuzahlen, damit die Betriebe nicht weiter in wirtschaftliche Schieflage geraten. Sei das Zurückstellen von Zahlungen an einzelne wirklich unvermeidlich, müssten diese frühzeitig informiert werden.

Hintergrund:

Die Landwirte in Europa erhalten von der Europäischen Union eine flächenbezogene Zahlung, wenn das Fachrecht und darüberhinausgehende Anforderungen zum Grundwasserschutz, Bodenschutz und Naturschutz eingehalten werden. Die Zahlung soll damit die hohen Produktionsstandards in der EU ausgleichen. Seit diesem Jahr werden 30 % der Zahlung nur noch gewährt, wenn noch weitergehende Umweltaforderungen im Rahmen des so genannten „Greening“ eingehalten werden. So ist Dauergrünland zu erhalten, Anbauvielfalt zu gewährleisten und 5 % der betrieblichen Flächen müssen im Umweltinteresse genutzt werden.

Die Zahlung je Hektar einschließlich Greening-Prämie macht in Schleswig-Holstein und Hamburg etwa 300 Euro aus. Schleswig-Holstein erhält insgesamt rund 320 Millionen Euro aus Brüssel, um diese Zahlung zu leisten.